

II-2034 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 10-161J

1981 -03- 02

A N F R A G E

der Abgeordneten DR.STIX, DR.FRISCHENSCHLAGER, GRABHER-MEYER, PETER
an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Urlauber aus der Bundesrepublik Deutschland

Im Laufe des Jahres 1980 ist in der BRD ein Leistungsbilanzdefizit
von 28,6 Mrd. DM entstanden. Für Auslandsreisen bundesdeutscher Touristen
und Geschäftsreisender wurden 37 Mrd.DM ausgegeben, die Einnahmen der
BRD aus dem Reiseverkehr betragen 12 Mrd.DM.

Der sich daraus ergebende Negativsaldo von 25 Mrd.DM wird von verschiedenen
Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft der BRD zum Anlaß genommen,
den Reiseverkehr der Bundesbürger für das Leistungsbilanzdefizit verant-
wortlich zu machen und Überlegungen zur Eindämmung des Touristenstromes
ins Ausland anzustellen.

Von Einschränkungsmaßnahmen, seien sie massiver (z.B. Devisenkontrollen)
oder subtiler Art (z.B. Werbe- und Förderungsmaßnahmen für Inlandsurlauber)
wäre jedoch nicht nur die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft,
sondern die Finanzgebarung der gesamten Republik empfindlich betroffen.
Einerseits stellen die Urlauber aus der BRD das für den österreichischen
Fremdenverkehr unverzichtbare Hauptkontingent ausländischer Touristen dar,
andererseits konnten die Deviseneinnahmen aus diesem Bereich bisher
wenigstens zum Teil das gewaltige Passivum Österreichs im Außenhandel mit
der BRD kompensieren.

- 2 -

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie die

A n f r a g e :

1. Wann und mit welchen maßgeblichen Persönlichkeiten der BRD haben Sie in letzter Zeit Gespräche bezüglich der Herstellung einer gewissen Ausgewogenheit der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und der Republik Österreich geführt?
2. Was war das konkrete Resultat dieser Gespräche?
3. Welche Schritte werden Sie in nächster Zeit unternehmen, um restriktive Maßnahmen der BRD im Bereich des Auslandsreiseverkehrs zu verhindern?